



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

- Drucksachen 10/2250 und 10/2530 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Berichterstatter Abgeordneter Lieven CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - wird mit den aus dem
nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile des Einzelplans 10 in seinen Sitzungen am 8. Oktober, 5., 12. und 24. November 1987 beraten.

Der Einzelplan 10 wurde unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Änderungsempfehlungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

B Einzelberatungen

I. Anträge der SPD-Fraktion

1. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titel 685 00 - Zuschüsse und Beiträge an
Vereine, Organisationen usw.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die Erläuterungen zu
Titel 685 00 wie folgt zu ändern:

Zu Ziffer 9 - Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände,
Essen:

Erhöhung des Ansatzes um 25 000 DM auf 355 000 DM.

Zu Ziffer 5 - Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Essen:

Kürzung des Ansatzes um 25 000 DM auf 137 300 DM

(Deckung gegenüber Ziffer 9).

Die SPD wies bei der Begründung ihres Antrags darauf hin, daß
im Interesse des Landes das Landesbüro der nach § 29 Bundes-
naturschutzgesetz anerkannten Verbände reibungslos arbeiten
könne. Aufgetretene Personalprobleme könnten mit dem Erhö-
hungsbetrag für dieses Jahr ausgeräumt werden.

Demgegenüber sei eine Erhöhung der Mittel für die Schutzge-
meinschaft Deutscher Wald um noch 7 300 DM gegenüber dem
Vorjahr bei Berücksichtigung der Kürzung der ursprünglich
eingepflanzten Erhöhung um 25 000 DM ausreichend, um den an-
fallenden Bedarf zu decken.

CDU und F.D.P. betonten, daß sie den Deckungsvorschlag im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgaben der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald nicht mittragen könnten. Der Antrag wurde somit mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

2. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titelgruppe 65 - Kleingartenwesen

Die SPD-Fraktion beantragte, die Ziffer 3 der Erläuterungen wie folgt zu fassen:

3. Die Einrichtung von Schulgärten bis höchstens insgesamt 1 000 000 DM.

Die SPD-Fraktion wies in ihrer Begründung darauf hin, daß das Programm über die Einrichtung von Schulgärten sehr erfolgreich angelaufen sei und das Interesse der Jugend an einer praxisbezogenen Natur- und Umwelterziehung (unter Einbeziehung ökologischer Schwerpunkte) durch Einrichtung von Schulgärten mit Nutz- und Naturgartenflächen sowie schulbiologischer Zentralgärten für die Unterrichtsgestaltung stetig steige. Dieser Entwicklung müsse mit einer Erhöhung der Mittel für diese Maßnahmen um 500 000 DM auf 1 000 000 DM Rechnung getragen werden.

Dem Argument der CDU, eine Verlagerung der Mittel zu Lasten des Kleingartenwesens halte sie für nicht vertretbar, begegnete die SPD-Fraktion mit dem Hinweis, daß auch mit dem reduzierten Betrag mit keinerlei Beeinträchtigung des Kleingartenwesens zu rechnen sei. Auch der bisherige Mittelabfluß lasse diese Befürchtung nicht zu. Zudem sei diese Maßnahme mit den Verbänden des Kleingartenwesens abgestimmt.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

3. a) Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
- Titelgruppe 66 - Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben
- Titel 892 66 - Zuschüsse (an private Unternehmen)

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatz bei Titel 892 66 um 500 000 DM von 26 527 000 DM auf 27 027 000 DM zu erhöhen.

Diese Erhöhung bedingt auch folgende Änderung des Haushaltsvermerks: Ausgaben über 13 810 000 DM hinaus dürfen ...

Die Erhöhung wurde mit dem Mehrbedarf für das Agrarkreditprogramm für kleine und mittlere landwirtschaftliche Familienbetriebe durch eine zu erwartende höhere Zahl von Anträgen für kleinere Maßnahmen begründet. Dieses Agrarkreditprogramm in dem Investitionen zur Rationalisierung oder Betriebserleichterung in landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem in kleinen und mittelgroßen bäuerlichen Familienbetrieben gefördert werden, erhöht sich damit auf 2 500 000 DM.

- b) Zur Deckung des Erhöhungsbetrags zu 3 a) beantragte die SPD-Fraktion, den Ansatz bei

Kapitel 10 170

- Landwirtschaftskammern Rheinland in Bonn und Westfalen-Lippe in Münster und Direktoren der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe als Landesbeauftragte

Titel 671 20

- Erstattung von Verwaltungskosten, die den Landwirtschaftskammern durch die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben für die Landesbeauftragten entstehen

um 500 000 DM von 112 924 000 DM auf 112 424 000 DM zu kürzen.

Bei der Festsetzung des Ansatzes bei Titel 671 20 war eine Erhöhung der Personalsoll-Stellen für 1988 um 20 auf 2401 eingeplant worden. Von diesen 20 Stellen werden nunmehr jedoch nur 6 benötigt, so daß - wie die SPD betonte -, der auf die nicht benötigten 14 Stellen entfallende Anteil von 500 000 DM für andere Maßnahmen (s. 3 a)) eingesetzt werden kann. Diese Personalsoll-Reduzierung sei auch zwischen Ministerium und den Kammern abgestimmt worden.

Die CDU-Fraktion brachte zum Ausdruck, daß sie einer Erhöhung der Mittel für das Agrarkreditprogramm zustimmen könne, sie befürchte jedoch nach wie vor, daß die SPD mit dieser Maßnahme den Etat der Kammern beschneiden wolle. Daher müsse Sie sich gegen diese Maßnahme aussprechen.

Die beiden Anträge - Erhöhung bei Kapitel 10 030 Titel 892 66 und Minderung bei Kapitel 10 170 Titel 671 20 - wurden mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

II. Anträge der CDU-Fraktion

1. a) Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 541 20 - Durchführung der europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

Die CDU-Fraktion sprach sich für eine Ansatzserhöhung um 50 000 DM auf 150 000 DM aus. Eine stärkere Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an der europäischen Kampagne für den ländlichen Raum sei insbesondere wegen der in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Strukturprobleme des ländlichen Raums erforderlich.

b) Zur Deckung des Erhöhungsbetrags beantragte die CDU, den Ansatz bei

Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit

um 50 000 DM von 1 250 000 DM auf 1 200 000 DM zu kürzen.

Die SPD-Fraktion lehnte diese Anträge mit dem Hinweis ab, daß zum einen die CDU keine ausreichende Einzelbegründung für die Erhöhung des Ansatzes bei Titel 541 20 gegeben habe und daß zum anderen die Bürger über die erfolgreiche Arbeit der Landesregierung auch entsprechend informiert werden müßten, so daß eine Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für sie nicht vertretbar sei.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPD, gegen die der CDU und bei Enthaltung der F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt.

2. Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
- Titelgruppe 67 - Sonstige einzelbetriebliche Investitionen und Maßnahmen
- Titel 892 67 - Zuschüsse (an private Unternehmen)

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatz von 51 500 000 DM um 210 000 DM auf 51 710 000 DM zu erhöhen und für den Bereiche "nachwachsende Rohstoffe" eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400 000 DM auszuweisen. Die CDU hält es aufgrund der derzeitigen Strukturprobleme im ländlichen Raum für erforderlich, Alternativen hinsichtlich der Anbaumöglichkeiten zu überprüfen. Dadurch könnte den Landwirten die Möglichkeit eröffnet werden, Teile ihrer Anbaugelände umzuwidmen und "nachwachsende Rohstoffe" anzubauen.

Zur Deckung der Ansatz-Erhöhung bei Titel 892 67 möchte die CDU die Gesamtausgaben bei Kapitel 10 030 entsprechend reduziert wissen.

Die SPD sprach sich gegen diesen Antrag aus. Zum einen fehle ein präziser Deckungsvorschlag, zum anderen aber ließe insbesondere die Frage der Umweltberatungen als Folge der eventuellen Verwertung nachwachsender Rohstoffe eine Etatisierung noch nicht zu.

Der Antrag wurde vom Ausschuss mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
- Titelgruppe 75 - Forstwirtschaft
- Titel 883 75 - Zuweisungen (an Gemeinden, GV)
- Titel 892 75 - Zuschüsse (an private Unternehmen)

Die CDU beantragte, den Ansatz bei Titel 883 75 von 10 500 000 DM um 500 000 DM auf 10 000 000 DM zu verringern und den Ansatz bei Titel 892 75 von 17 200 000 DM um 500 000 DM auf 17 700 000 DM zu erhöhen. Diese Verschiebung zugunsten der privaten Unternehmen sei mit deren erhöhtem Bedarf und mit den bisher von den Kommunen nicht voll in Anspruch genommenen Mitteln zu begründen.

Die SPD schloß sich dieser Mittelverlagerung zu Lasten der Gemeinden - wie sie dies wertete - nicht an und lehnte den Antrag ab. CDU und F.D.P. sprachen sich für den Antrag aus.

III. Anträge der F.D.P.-Fraktion

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion im Ausschuß brachte zum Ausdruck, daß seine Fraktion in dem Einzelplan 10 keine Weichenstellungen und Prioritätensetzungen für die Lösung der Zukunftsaufgaben des Landes erkennen könne. Er sehe daher davon ab, Änderungsanträge zu einzelnen Etatpositionen zu stellen.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

Lieven

Vorsitzender

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

MMV 10 / 1319

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
- Anlage zu: Vorlage 10/1319
10/1320 -

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1988

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Siehe MMV 10/1319 B/1 - B/4

B/1